

## **Beschluss des Landrats vom 08.02.2024**

Nr. 419

### **8. Fachstelle Seniorenschutz**

2023/579; Protokoll: ps

Landratspräsident **Pascal Ryf** (Die Mitte) informiert, dass der Regierungsrat die Motion als Postulat entgegennahme und dessen Abschreibung beantrage. Es liegt eine schriftliche Begründung vor.

**Andreas Bammatter** (SP) führt aus, der Regierungsrat attestiere, dass Senioren stärker betroffen seien als andere Altersgruppen: Enkeltrick, Diebstahl, etc. Der Regierungsrat legt in seiner Stellungnahme zudem dar, dass mit verschiedenen Massnahmen präventiv gearbeitet wird. So gibt es beispielsweise Flyer. Gerade für diese Altersgruppe sind Flyer sinnvoll. Es gibt zudem Referate für Seniorinnen und Senioren. Zwei solche Referate fanden in Allschwil statt und waren sehr gut besucht. Das Interesse ist gross. Prävention und Cybercrime sind wichtige Themen. Es gibt auch Führungen bei der Polizei und Referate. Der Kulturverein Allschwil hat eine Führung bei der Polizei durchgeführt. Auch an Messen und Gewerbeausstellungen war ersichtlich, dass die Polizei etwas unternimmt. Mit der Schockanruf-Kampagne «Schock und Geld = Betrug» wird für dieses Thema sensibilisiert. Es ist erstaunlich, dass immer noch Menschen darauf hereinfallen. Man muss weiterfahren und dafür sorgen, dass möglichst alle Menschen wissen, was sie bei einem Schockanruf tun müssen: nämlich den Hörer auflegen. Der Redner dankt der Polizei für ihr Engagement. Wichtiger als eine Fachstelle ist, dass die Senioren Zugang zu den Informationen haben, ihre Angst verlieren und wissen, wie sie mit Digitalisierung und Cybercrime umgehen müssen. Der Seniorenrat Baselland beschäftigt sich mit dem Thema und leitet die Informationen weiter. Der Redner ist einverstanden mit Überweisung und Abschreibung des Vorstosses.

**Susanna Keller** (SVP) erklärt, in der Motion sei zu lesen, dass gemäss Pro Senectute jede fünfte Person über 55 in den vergangenen fünf Jahren einen finanziellen Missbrauch erlebt habe. Das ist sehr beängstigend und auch ein Grund für die Forderung nach einer Fachstelle, ähnlich wie es in Zürich eine gibt. In der Stellungnahme des Regierungsrats werden einige Massnahmen, auch präventiver Art, aufgezeigt. Die Polizei arbeitet mit Hochdruck an den altersabhängigen Phänomenen wie Enkeltrickbetrüger, Taschen-/Geldentwendungen aus Einkaufswagen etc. Es wird auch auf die Schocktelefonate aufmerksam gemacht. Die Polizei hat in Zusammenarbeit mit Pro Senectute eine Kampagne gestartet und ist bezüglich dieser kriminellen Machenschaften gut geschult, ebenso Pro Senectute. Zudem sind Bankmitarbeitende und Schalterbeamte der Post ausgezeichnet geschult und handeln, wenn ihnen etwas auffällt. Der Regierungsrat hat eine ganze Reihe von Präventionsmassnahmen aufgelistet. Die SVP-Fraktion sieht nicht ein, weshalb eine Fachstelle Seniorenschutz nötig ist. Die Motion wird abgelehnt.

**Hannes Hänggi** (Die Mitte) sagt, es sei unbestritten, dass ältere Personen bevorzugt Opfer von Kriminellen werden. Die Polizei tut jedoch bereits sehr viel und ist sich der Problematik bewusst. Der Redner sieht dies in der eigenen Gemeinde, in der die Polizei stark präsent ist, auch bei Informationsveranstaltungen. In praktisch jedem Mitteilungsblatt der Gemeinde werden ganzseitige Inserate geschaltet und beim Dorfeingang stehen die Plakate. Die Bevölkerung ist sensibilisiert, dies ergibt sich auch aus Gesprächen. Die älteren Personen wissen, wo sie sich hinwenden können. Das Anliegen ist erfüllt. Die Mitte-Fraktion sieht in der Schaffung einer Fachstelle keinen Mehrwert. Die Fraktion folgt dem Antrag des Regierungsrats, die Motion als Postulat zu überweisen und abzuschreiben.

://: Mit 39:35 Stimmen bei 2 Enthaltungen wird die Motion abgelehnt.

---